

Erneuten Verfassungsbruch bei Hartz IV in Karlsruhe und im Bundesrat stoppen!

Fünf Euro. Mehr ist der schwarz-gelben Koalition die Menschenwürde von Erwachsenen nicht wert. Die Bundesregierung will den Hartz-Regelsatz für Erwachsene von 359 auf 364 Euro monatlich erhöhen. Der Regelsatz für Kinder bleibt unverändert. Kinder sind also für Union und FDP keine vollwertigen Menschen, oder ihre Würde ist für die Regierungsparteien eine zu vernachlässigende Größe.

Die Bundesregierung hat sich entschieden, die Hartz IV-Beziehenden zu erhöhen. Die neue Berechnung der Regelsätze ist nicht nachvollziehbarer geworden, obwohl das Bundesverfassungsgericht das gefordert hat. Die Berechnung ist außerdem falsch. Union und FDP setzen die Willkür von SPD und Grünen bei der Regelsatzberechnung fort. **Kernpunkte unserer Kritik sind:**

- Ein wirklich transparentes Verfahren hätte vorher offengelegt werden müssen.
- Die Regelsatzhöhe wurde nicht statistisch berechnet, sondern zwischen Bundesregierung und Ministerpräsidenten sowie im Koalitionsausschuss ausgehandelt.
- Der angeblichen Neuberechnung wurden die Lebenshaltungskosten der ärmsten 15 Prozent der Bevölkerung zugrunde gelegt, nicht wie bisher der ärmsten 20 Prozent. Die Regierung hat damit die anzunehmenden Einkommen und Ausgaben nach unten manipuliert.
- Der Kinderregelsatz wurde anhand einer sehr geringen Zahl betroffener Haushalte ermittelt.

DIE LINKE will, dass Arbeitsmarkt- und Weiterbildungsförderung ausgebaut und nicht wie von der Bundesregierung um Milliarden gekürzt werden.

- Ein gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro in der Stunde schiebt Lohndumping einen Riegel vor und sorgt dafür, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können.
- Wir wollen den Anspruch auf Arbeitslosengeld verlängern.
- Ein-Euro-Jobs wollen wir abschaffen und in sozialversicherungspflichtige, tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor umwandeln.
- Alle Menschen, die über kein ausreichendes Einkommen oder Vermögen verfügen, haben Anspruch auf eine menschenwürdige Existenzsicherung.
- Selbst im Ministerium ging man von 430 Euro aus, bevor der Regelsatz für Erwachsene politisch arm gerechnet wurde. Unterschiedliche Berechnungen von Experten ergaben unter Berücksichtigung der steigenden Lebenshaltungskosten für ein Leben in Menschenwürde monatliche Leistungen von 420 bis deutlich über 500 Euro.
- Die Regelleistungen für Kinder und Jugendliche müssen bedarfsorientiert und altersspezifisch ermittelt und deutlich angehoben werden.
- Angemessene Wohnkosten sind in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen zu ersetzen.

Mehr Informationen: www.linksfraktion.de/hartz4

